

Antrag 8/I/2021

Juso-LV Niedersachsen und SPD-UB Region Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!

1 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Landnahme und Unterdrückung außereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbunden. Dieser Aspekt der Geschichte geht
2 in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa jedoch oft unter. Um endlich in einen Dialog mit den Nach-
3 folgestaaten der ehemaligen Kolonien treten zu können, fordern wir von den ehemaligen europäischen
4 Kolonialmächten und ihren Nachfolgestaaten, dass die Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit sichtbar
5 erfolgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

7 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in europäischen Museen
8 und Sammlungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den Herkunftsregionen die Rückgabe an-
9 zubieten, ähnlich wie es mit dem Raubgut von Juden*Jüdinnen nach dem Dritten Reich passierte. Das gilt
10 insbesondere für Objekte, die einen kultischen Hintergrund haben und/oder eindeutig als Raubgut einzu-
11 stufen sind.

12 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Europa in vielen Teilen
13 der Welt prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mitgliedstaaten überlassen werden. Wir for-
14 dern daher, dass sich die EU der Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit verschreibt und dass die EU ein
15 Forum zum Austausch über den Umgang mit kolonialem Kulturerbe bietet. Durch Wissen- und Erfahrungs-
16 transfer zwischen den Mitgliedstaaten sowie Nicht-Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit soll die
17 kulturelle Dekolonialisierung erleichtert werden.

18 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Sammlungen drängen
19 sowie finanzielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaftler*innen in den ehemaligen Kolo-
20 nien fördern. Die EU soll die Debatte über die Rückgabe der Kolonialgüter zum Anlass nehmen, Museen
21 und andere Kultureinrichtungen in ehemaligen Kolonien bei ihrer Auseinandersetzung mit der kolonialen
22 Vergangenheit finanziell zu unterstützen. Dazu soll ein eigenes Kulturförderprogramm für die ehemaligen
23 Kolonien geschaffen werden. Eine solche Förderung darf nicht paternalistisch vorschreiben, wie die Aufar-
24 beitung stattzufinden hat, sondern soll Initiativen und Konzepte aus den ehemaligen Kolonien unterstüt-
25 zen. Dazu sollen die Washingtoner Prinzipien von 1998 ausgeweitet werden. Die Restitution des geraubten
26 Kulturguts sollte ähnlich zur Restitution von NS-Raubgut seit 1945 ablaufen.

27 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen und zur De-
28 kolonialisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initiative muss von der Europäischen Union
29 vorangebracht werden. Wir dürfen sie nicht dem Gutdünken der Nationalstaaten überlassen. Gleichzeitig
30 sollte die Rückgabe nur unter den Bedingungen erfolgen, dass das Zielland die Sicherheit der Güter gewähr-
31 leisten kann.

32

33 Begründung

34 Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin von Menschen-
35 rechten. Die Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolonialismus geprägt. Insbesondere
36 die Phase des Imperialismus und des sogenannten Wettlaufs um Afrika liegt noch nicht lange zurück. Die
37 meisten afrikanischen Kolonien wurden erst 1960 unabhängig – also vor nicht einmal 60 Jahren. Die Erin-
38 nerungen an die Kolonialvergangenheit sind vielen der kolonialisierten Bevölkerungen noch sehr bewusst.
39 Bis heute haben die ehemaligen Kolonialmächte diese Zeit kaum aufgearbeitet und die Schuld ihrer Länder
40 benannt. Das betrifft auch Deutschland, dessen Kolonialvergangenheit häufig ignoriert wird. Der Völker-
41 mord an den Herero und Nama im heutigen Namibia durch die deutsche Kolonialmacht wurde von der
42 Bundesregierung zwar inzwischen als Völkermord anerkannt, aber nur in einem politisch-historischen und
43 nicht in einem rechtlichen Sinne und schließt Reparationen aus. Das zeigt beispielhaft, wie sich europäische

44 Staaten ihrer Verantwortung entziehen.

45 Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und nach Europa
46 gebracht. Insbesondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll mit dem Kulturerbe nicht-
47 europäischer Bevölkerungen, die die Schätze ihrer eigenen Kulturen vermutlich nie zu sehen bekommen
48 werden. Bei Raubgut ist die ethische Verpflichtung zur Rückgabe besonders offensichtlich. Aber auch ver-
49 meintlich „gekaufte“ Objekte sind im Kontext des Kolonialismus und der Machtverhältnisse zwischen Kolo-
50 nialmächten und Kolonien zu betrachten. Viele davon sind neben ökonomischen Interessen auch aus einer
51 rassistisch motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt worden.

52 Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu begegnen, muss diesen
53 Staaten auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Zukunft ihres Kulturerbes zu entscheiden. Neben
54 der ethischen Pflicht würde das auch bedeuten, dass Europa mehr Glaubwürdigkeit in den ehemaligen
55 Kolonien erreichen und somit die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern würde.

56 Der französische Präsident Emanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht, indem er angekündigt
57 hat, koloniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht in Auftrag gegeben, der diese Kunstwerke
58 in Frankreich auflisten und einen Plan zum Umgang damit vorlegen soll. Diese Entwicklung wurde auch
59 in Deutschland wahrgenommen. Allerdings lassen die konkreten Fortschritte dabei bislang zu wünschen
60 übrig. Da die Schuld des Kolonialismus nicht allein eine deutsche, französische, britische oder belgische
61 Angelegenheit ist, sondern die Geschichte des ganzen Kontinents geprägt hat, sollte die Aufarbeitung die-
62 ser Schuld von der Europäischen Union vorangetrieben werden. Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss
63 eine europäische Dimension bekommen. Dadurch soll auch verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten
64 mit kolonialer Vergangenheit der Debatte entziehen. Zwar liegen die Museen und Sammlungen im Zu-
65 ständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann also keine Rückgaben erzwingen, doch durch Kultur-
66 förderprogramme und durch das Fördern und Vermitteln des Dialogs kann die EU das Thema im Fokus der
67 Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich damit auch den Schattenseiten der europäischen Geschichte, die
68 eben nicht nur aus griechischer Demokratie, der französischen Revolution und der europäischen Integration
69 bestehen, sondern auch aus europäischem Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Geschichtsbe-
70 trachtung ist wichtig, um das erneute Entstehen europäischer Überlegenheitsgefühle oder eines europäi-
71 schen Nationalismus zu verhindern.

72

Empfehlung der Antragskommission

Annahme